

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 14.10.2010**

***öffentlich***

---

**Ort:  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale)**

**Stadthaus, Wappensaal,**

**Zeit:**

**16:30 Uhr bis 19:45 Uhr**

**Anwesenheit:**

**siehe Teilnehmerverzeichnis**

### **Anwesend sind:**

Frau Susanne Wildner	Verw	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Vertreterin für Herrn Raik Müller
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	parteilos	
Herr Robert Bonan	parteilos	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Norbert Böhnke	Verw	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Ines Pilling	Verw	
Herr Uwe Wätzel	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Manfred Czock	SKE	
Frau Dr. Gesine Haerting	SKE	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Christian Weinert	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Frau Dr. Christine Radig	ARGE SGB II Halle GmbH	
Frau Sylvia Tempel	ARGE SGB II Halle GmbH	
Herr Sven Weise	LIGA	
Frau Sylke Bühler	Verw	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	

### **Entschuldigt fehlen:**

Frau Petra Schneutzer	Verw	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Herr Raik Müller	CDU	Vertreter: Frau Dr. Annegret Bergner
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Herr Tobias Kogge	BG	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.9.2010
4. Bericht der Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH
5. Diskussion der Problematik "Freitrinker"
6. Bericht und Diskussion zum Thema: Sexistische Plakatierung; Berichterstattung durch die Gleichstellungsbeauftragte Frau Wildner

7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept  
Vorlage: V/2010/09122
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
9. schriftliche Anfragen von Stadträten
10. Mitteilungen
- 10.1. Änderung der Satzung des Ausländerbeirats  
Vorlage: V/2010/09123
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird bestätigt.

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.9.2010**

Herr Schachtschneider bittet zu korrigieren, dass auf Seite 7 Herr Hildebrandt auf den Rechenfehler hingewiesen hat.

Herr Bonan bittet auf Seite 8 zu korrigieren:

Herr Bonan weist darauf hin, dass es im Jahr 2005, nach Inkrafttreten der gesetzlichen Änderungen im SGB II, bei den Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation deutschlandweit zu hohen Belegungseinbrüchen gekommen sei. Erst nach langer Anlaufzeit habe sich die Situation für die Antragsteller gebessert. Da die ARGE SGB II in Halle mittlerweile gut funktioniert, solle die Situation ohne große Not nicht erneut zu Lasten der Betroffenen geändert werden.

Herr Weinert bittet einzufügen auf Seite 7, dass die Einstellung des befristeten Personals noch unklar ist. Personal mit einer Befristung unter 24 Monaten geht nicht mit über.

Frau Wolff bittet auf Seite 11 ihre Aussage zum Haushalt um folgende Ausführungen zu ergänzen:

Verwaltungshaushalt 2010, S.21 Finanzplanung Verwaltungshaushalt: Ausgaben im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe wird für 2011-2014 jeweils konstant mit ~48 Mio. € beplant. → Ist dieses gleichbleibende Niveau realistisch?

Haushaltskonsolidierungsprogramm, S. 88, 110 IV/101 Rückforderung KdU SGB II – Bereich, Konsolidierungsbeitrag 1 Mio. € → Wieso ist das eine Konsolidierungsmaßnahme, es handelt sich doch lediglich um eine Verrechnung mit der BA?

Die Niederschrift wird mit diesen Änderungen genehmigt.

#### **zu 4 Bericht der Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Dr. Radig und erteilt ihr das Wort.

Frau Dr. Radig macht Ausführungen zur ausgeteilten Statistik für den Monat September. Die Zielerreichung wird zum Jahresende prognostiziert. Der Planungsprozess 2011 hat begonnen, er wird ein geringeres Budget für Eingliederung geben als 2010.

Zur Neuorganisation der Jobcenter für das Jahr 2011 informiert Frau Dr. Radig über die Vorbereitung einer Gründungsvereinbarung, in städtischen Arbeitsgruppen wird der Übergang vorbereitet.

Zur Bürgerarbeit teilt sie mit, dass Interessensbekundungen von Trägern vorliegen, deren Arbeitsplätze werden jetzt auf Förderfähigkeit geprüft. Dies wird begleitet durch Trägergespräche. Geplant sind z. Z. ca. 500 Stellen bei Trägern sowie 500 Stellen bei städtischen Ämtern/dem EfA.

Seit Oktober sind die Träger gebunden, die die Aktivierungsphase 3 betreuen.

Frau Wunderlich fragt nach den Trägern der Aktivierungsphase und dem erforderlichen Zeitfenster von 6 Monaten für die Aktivierung der Kunden. Frau Dr. Radig informiert, dass die Aktivierung Phase 1 grundsätzlich am 15.7.2010 begonnen hat. Für Phase 3 erhielt der Träger ESO (Euroschoolen) den Zuschlag. Phase 4 (Beginn der Arbeitsverhältnisse Bürgerarbeit) startet sukzessive im Januar 2011.

Frau Dr. Haerting fragt, wohin Arbeitslose vermittelt werden. Sie würde eine Vermittlung in der Stadt Halle begrüßen. Frau Dr. Radig wird hierauf in der nächsten Sitzung antworten.

Frau Wolff fragt, wie hoch die Auslastung der geplanten Maßnahmen im 2. Arbeitsmarkt ist. Frau Dr. Radig: 2165 Maßnahmen auf dem 2. Arbeitsmarkt wurden im aktuellen Arbeitsmarktprogramm geplant, diese Plätze werden z. T. mehrfach (nach-)besetzt. Die Eingliederungsmittel werden insgesamt zu mehr als 95 % ausgegeben.

#### **zu 5 Diskussion der Problematik "Freitrinker"**

Die Ausschussvorsitzende erläutert, dass es bei diesem Thema nicht darum geht, Menschen abzuwerten, sondern um Hilfestellungen und um die Lösung von Problemen in Bezug auf die Trinkerstandorte.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Pilling vom Jugendamt und Frau Bühler und erteilt ihnen das Wort.

Frau Bühler informiert, dass über den Anstoß der Fraktion DIE LINKE schon viel eingeleitet wurde, besonders am Trinkerstandort Gesundheitszentrum Silberhöhe. Die Anzeigen hier seien aber gering. Am Standort Gesundheitszentrum Silberhöhe treffen sich die Substituierten, bedingt durch die Praxis von Herrn Dr. Jeschke und Frau Dr. Bertram, und verschiedene Trinkergruppen. Hier gibt es rund um das Objekt ca. 8 bis 10 verschiedene Gruppen, die die Einflussnahme schwierig machen. Es wurde der Reinigungsturnus geprüft

(dreimal pro Woche) und die Rattenbekämpfung. Vom Grünflächenamt werden derzeit Sträucher zurückgeschnitten bzw. beseitigt. Es wird die Aufstellung größerer Papierkörbe geprüft, um einer Vermüllung entgegenzuwirken. Beim Kioskbetreiber fand ein Wechsel statt, hier muss die Entwicklung abgewartet werden. Im Bereich des Pavillons treffen sich die Substituierten. Es wurde beschlossen, Anfang 2011 gemeinsam mit der Wohnungsgesellschaft Halle/Leuna und den Substituierten diesen Pavillon neu herzurichten. Im Januar wird erneut die Entwicklung der Standorte geprüft. Durch die Haushaltssituation der Stadt ist ein Streetworkereinsatz nicht möglich.

Frau Pilling ergänzt, dass auch das Jugendamt im Netzwerk mitwirkt.

Herr Dr. Bartsch hat den Eindruck, dass man sich mit den Trinkerstandorten abgefunden hat und diese sich vermehren. Es sind keine Lösungswege zu erkennen. Von 31 Standorten sind 13 in Halle-Neustadt. Herr Dr. Bartsch könnte dort 10 weitere benennen. Sinnvoll wäre die Einrichtung von Begegnungsstätten. Hier muss einfach mehr passieren. Er spricht auch die Peißnitz als Standort in der wärmeren Jahreszeit an.

Herr Schachtschneider kann Herrn Dr. Bartsch beipflichten. Er findet den Bericht etwas einseitig und spricht den Marktplatz sowie die Leipziger Straße als Aushängeschild für die Stadt an. Hier ist das Trinken vor allem auch mit aggressivem Betteln verbunden. Ebenso wird hier die Notdurft auf der Straße verrichtet. Für Touristen ist dies kein schönes Bild. Hier müssten diese Ordnungswidrigkeiten gemeldet werden.

Frau Wolff sagt, dass die Innenstadt von diesem Problem massiv betroffen ist. Als Alternative für das öffentliche Trinken bietet sich das AWO-Café in der August-Bebel-Str. an. Sie spricht außerdem an, dass viele Menschen Angst besonders vor den Hunden haben, die einige Trinker haben.

Frau Bühler antwortet, dass es im AWO-Café keinen Alkohol gibt, hier gehen Trinker nicht rein. Es liegen auch keine Anzeigen zu den innerstädtischen Plätzen vor, ohne die die Polizei nicht agieren kann. Es ist schwierig, die Stadtordnung durchzusetzen, auch bezogen auf die Hunde. Wenn die Polizei kommt, werden oder sind diese angeleint. Eine Überwachung rund um die Uhr ist nicht möglich. Zum Bereich Marktplatz sind Anzeigen erfolgt, jedoch möchte niemand dazu etwas sagen. Hier fehlt die Bereitschaft der Bürger als Zeugen auszusagen, um Vergehen zu ahnden.

Frau Wolff sagt, dass es aber Anzeigen gibt. Sie bedauert, dass die Polizei nicht genügend Personal hat. Jedoch wird die Situation nicht besser, wenn man sagt, es lägen keine Anzeigen vor.

Herr Schachtschneider sagt, dass die Polizei nichts machen kann. Es würde dem Ansehen der Stadt gut tun, wenn man bestimmten Personengruppen ein Platzverbot erteilen würde.

Herr Hildebrandt vermisst in der Auflistung die Peißnitz. Dort ist in der wärmeren Jahreszeit keine Aufenthaltsqualität. Die Peißnitz sieht er auch als Schwerpunkt an.

Frau Krausbeck regt an, die Definition Trinkertreffs neu zu fassen. Aus ihrer Sicht muss aufgepasst werden, inwieweit ein Wohnumfeld betroffen ist. Die Peißnitz wird von ihr hier nicht als Schwerpunkt gesehen, da gibt es wichtigere Standorte.

Frau Tomczyk-Radji fragt nach dem Streetworker. Wenn Geld da wäre, würde Frau Bühler dann die Einrichtung dieser Stelle begrüßen? Ihr wäre auch eine ständige Präsenz von Ordnungsgruppen wichtig. Das Thema sollte nicht so hingenommen werden. Sie spricht an, dass Frau Dr. Radig im niedrighschwelligem Sektor Arbeitsangebote anbietet, wäre hier eine Vermittlung in Arbeit möglich?

Frau Bühler sagt, dass Streetworker eine gute Möglichkeit sind, mit der Klientel umzugehen. Zur Vermittlung in Arbeit sei es aber so, dass viele Klienten nicht vermittelbar seien und auch keine Hilfe wollen, auch nicht von einem Streetworker. Hier wäre eine Stelle auch zu wenig bei den vielen Standorten. Die Peißnitz fehlt in den Standorten, da man sich auf die Wohnstandorte konzentriert hat. Frau Bühler spricht an, dass z. B. die Vermüllung der Peißnitz nicht nur von den Trinkern kommt.

Die Ausschussvorsitzende sagt, dass ein Anfang zu erkennen ist. Die Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt, Polizei und Wohnungsgesellschaften muss ausgebaut werden. Entscheidend ist, dass **mit** den Leuten geredet wird, nicht **über** sie.

Herr Bonan merkt an zu den besetzten Plätzen, dass dazu z. B. auch Wartehäuschen der HAVAG gehören. Als Beispiel nennt er hier die Beesener Straße/Ecke Huttenstraße. Könnte hier eine Zusammenarbeit mit der HAVAG helfen? Er wird sich mit der HAVAG dazu verständigen. Auch im Umfeld der Altenwohnanlage Werrastraße trifft man Trinker an.

Frau Dr. Haerting fragt, ob mit Herrn Dr. Jeschke schon gesprochen wurde und ob die Substituierten Auflagen haben. Die Vermischung mit den Alkoholikern ist problematisch. So werden die Leute von ihrer Sucht nicht wegkommen. Außerdem wird hier die Prophylaxe vergessen. Hier ist die Gesellschaft gefordert. Sie regt ein Prophylaxe-Projekt für Schülerinnen und Schüler an.

Herr Dr. Yousif fragt, ob die Möglichkeit besteht, Pavillons auch woanders zu bauen, damit die Leute im Trockenen sind, und Toilettenhäuschen aufzustellen.

Frau Dr. Haerting fragt, ob durch die Arbeit der Arbeitsgruppe der Druck auf die Leute an den Trinkerstandorten erhöht werden kann. Es wäre höchste Zeit, dass sie auszusteigen sollten.

Herr Hildebrandt sagt zu den Standorten, die eine lange Tradition haben wie die Peißnitz, dass es hier Probleme gibt, auch wenn keine Beschwerden vorliegen.

Frau Bühler sagt zur Definition „besetzte Plätze“, dass es Orte seien, wo sich keiner mehr hintraut, weil sich dort Personen treffen, die anderen keinen Zugang gewähren. Diese gibt es in Halle so nicht. Gespräche mit Frau August, Sozialarbeiterin bei Herrn Dr. Jeschke, sind geführt worden. Von den Beratungsstellen werden die Leute betreut. Es wird versucht, eine Vermischung der Gruppen zu vermeiden. Es wird auf den Konsum von Drogen getestet, jedoch nicht auf Alkohol. Einen erhöhten Druck auf die Betroffenen sieht Frau Bühler nicht als Lösung an. Auch die Gespräche der Polizei sind nicht auf Druck ausgerichtet, eher werden die Leute z. B. aufgefordert, ihren Müll selbst zu beseitigen, was dann auch geschieht. Der Pavillon ist nur für die Substituierten gedacht und wurde im Rahmen des Projektes Soziale Stadt unter Beteiligung der Substituierten gebaut. Er ist nicht für die Trinker gedacht. Projekte von anderen Kommunen, in denen den Trinkern Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und diese von Sozialarbeitern betreut werden, wie z. B. der Kieler Trinkerraum „Das Sofa“ wenden sich ausschließlich an obdachlose Trinker. Toiletten an den Trinkerstandorten aufzustellen ist zu teuer. Da viele der Trinker im Umfeld der Treffpunkte wohnen, könnten sie ihre Notdurft auch zu Hause verrichten. Die Peißnitz wird von Frau Bühler in der Arbeitsgruppe „Trinken im öffentlichen Raum“ – welche sich im Januar wieder trifft - angesprochen. Die Arbeitsgruppe ist offen für Vorschläge und die Meldung von Problemen.

Frau Pilling spricht die gute Zusammenarbeit zwischen ASD und Dr. Jeschke an. Die Probleme mit jüngeren Zielgruppen auf der Peißnitz sind seit längerer Zeit bekannt. Hier ist der Bereich Streetwork vor Ort tätig.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Pilling und Frau Bühler. Sie regt an, zu einem späteren Zeitpunkt über dieses Thema erneut zu berichten.

**zu 6 Bericht und Diskussion zum Thema: Sexistische Plakatierung;  
Berichterstattung durch die Gleichstellungsbeauftragte Frau Wildner**

Die Ausschussvorsitzende erteilt Frau Wildner zu diesem Thema das Wort.

Frau Wildner informiert über die Probleme mit sexistischer Plakatierung in der Stadt Halle. Im Grundgesetz ist zum einen verankert, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, jedoch auch die Meinungsfreiheit. Diese Meinungsfreiheit hat jedoch Grenzen, vor allem wenn es um Kinder und Jugendliche geht und ihre Würde beschädigt wird. Die Plakatierung auf öffentlichen Stellen und Plätzen in Halle geschieht auf der Grundlage eines Vertrages mit einer Werbefirma. Bei privaten Gebäuden und Anlagen gibt es vor allem bauordnungsrechtliche Vorgaben, jedoch **keine inhaltlichen**. Nachfragen bei der Firma Stoer ergaben, dass Wertung und Überprüfung der Inhalte dem Auftraggeber überlassen werden. Es darf nur nicht gegen die guten Sitten und den guten Geschmack verstoßen. Es ist problematisch, was man unter sexistischer Plakatierung versteht. Es gab wohl noch nie eine Beschwerde. Selbst wenn Beschwerden eingehen, ist der Auftraggeber nicht zur Entfernung der Werbung verpflichtet.

Der Deutsche Werberat kann von jeder Person informiert werden (siehe Anlage zum Protokoll). Frau Wildner informiert, dass sie in den letzten Jahren zweimal Plakatierungen an diesen Rat gemeldet hat.

Frau Wildner erläutert die zwei Plakatierungen, die an den Werberat herangetragen wurden. In einem Fall gab es eine Ablehnung durch den Werberat; bei dem zweiten Fall waren wir erfolgreich. Frau Wildner bittet die Mitglieder um Informationen zu Grenzfällen, möglichst mit einem Foto, damit dies weiterverfolgt werden kann.

Frau Pilling merkt aus dem Kinder- und Jugendschutz an, dass seit Jahren mit dem Ordnungsamt versucht wird, zu diesem Thema zu sensibilisieren. Sie spricht an, dass Kunst vor Jugendschutz gehe. Es gab Beschwerden und Anrufe zu verschiedenen Plakaten. Gemeinsam mit dem Ordnungsamt werden Möglichkeiten der Einflussnahme geprüft. Dieses Jahr ist eine Jugendband indiziert worden von der Bundesstelle für Jugendschutz in Bonn.

Frau Wolff hat das Gefühl, dass teilweise hier zu viel zugemutet wird.

Herr Schachtschneider sagt, dass versäumt wurde, auf den Vertrag mit der Werbefirma Einfluss zu nehmen. Beim nächsten Mal sollten hier gewisse Spielregeln bei der Ausschreibung vom Dezernat II festgelegt werden.

Frau Wolff wird im nächsten Ausschuss einen Antrag einbringen, das Thema im Stadtrat zu behandeln.

Frau Pilling informiert darüber, dass die Werbefirma nichts mehr um Thema Flatrate-Party veröffentlichen darf.

**zu 7 Beschlussvorlagen  
zu 7.1 Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und  
Haushaltskonsolidierungskonzept  
Vorlage: V/2010/09122**

Die Ausschussvorsitzende erteilt Herrn Böhnke das Wort.

Herr Böhnke informiert, dass verschiedene Ausschüsse die Vorlage schon beschlossen haben. Er bittet die Vorlage als ein Werk zu behandeln und zu beschließen. Er begründet dies damit, dass der Haushalt vom Landesverwaltungsamt mit Auflagen belegt wurde. Der Haushalt werde nur mit der Haushaltskonsolidierung genehmigt werden können.

Frau Wildner sagt, dass es keine weitere Betroffenheit der Stabsstelle Gleichstellung außer im Bereich Fördermittel gibt. Die Situation jetzt ist wie im Juni bei der Abstimmung zur Fördermittelvorlage.

Frau Wolff kritisiert das Konsolidierungskonzept, es ist nicht einzuhalten. Deshalb kann sie hier nicht zustimmen.

Frau Wildner informiert, dass vier Einrichtungen einen Antrag auf Personal- und Sachkosten gestellt haben, diese haben alle die Möglichkeit, Vorschüsse zu beantragen. Dies ist auch passiert, Abschlagszahlungen sind erfolgt.

Herr Dr. Yousif fragt, wie hoch die Abschlagssumme zurzeit?

Frau Wildner nennt 43 % vom um 20.000 € „gekürzten“ Ansatz. Vom Planansatz wären es 29 %.

Herr Böhnke informiert über die Untersetzungen der Ansätze des Nachtragshaushaltes. Die Ausschussvorsitzende fragt nach den Problemen beim SPI.

Frau Wolff fragt, ob SPI nicht zu den Pflichtleistungen gehöre.

Herr Böhnke informiert über den Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2007 zur Förderung für drei Jahre, 2010 118.000 Euro. Der 4. Beschlusspunkt ist nicht umgesetzt worden, dies ist ein Versäumnis der Verwaltung. Im Februar 2010 sollte die neue Vorlage eingebracht werden. Gemeinsam mit dem Träger ist abgestimmt, dies nun im Dezember im Stadtrat einzubringen.

Die Mitteilung vom 14.9.10 gilt. Der freie Träger erhält den Betrag abzüglich der 25.000 Euro. Herr Schachtschneider sagt, durch die Mietsenkung werden weniger Zuschüsse erteilt werden. Er bittet um Erteilung des Rederechts an Herrn Scherschel vom SPI zur Klärung, ob das Projekt gefährdet ist.

Herr Böhnke sagt, dass der Träger mit der Aussage vom 14.9. überrascht wurde. Frau Winter erläutert, dass der Stadtratsbeschluss auf der Grundlage der in 2008 zu zahlenden Miete herbeigeführt wurde. Bereits in 2009 konnte SPI aufgrund der Verhandlungen von Herrn Scherschel mit dem ZGM um fast die Hälfte reduzieren. Der bestehende Vertrag wurde zum Dezember 2008 gekündigt. Die Zuschüsse werden seit 2009 mit Bescheid ausgereicht.

Die Ausschussvorsitzende bittet die Ausschussmitglieder um die Zustimmung zur Erteilung des Rederechtes an Herrn Scherschel. Die Zustimmung wird einstimmig erteilt.

Herr Scherschel fühlte sich nicht informiert über die Haushaltskonsolidierung. Die Vereinbarung wurde seinerzeit mit dem Kulturbüro geschlossen. Die Kommunikation zwischen Verwaltung und Träger war nicht voll gewährleistet. Die Diskussion hätte früher geschehen müssen. Eine andere Lösung bei frühzeitiger Einbindung des SPI hätte gefunden werden können. Unter der Voraussetzung der Aussage, für die Folgejahre eine vernünftige Lösung zu finden, ist das Projekt nicht gefährdet.

Herr Böhnke erläutert, dass der Verwaltung ein Fehler unterlaufen sei auf Seite 116: Bei SPI steht hier falsch 123.000 Euro, richtig sind 118.205 Euro. Nachdem die Konsolidierung eingereicht war gab es die Vorgabe der Kürzung im freiwilligen Bereich mit 10 % 2011 und 25 % in 2012. Basis dabei ist der Ansatz 2010. Mit der Kürzung um 10 % der freiwilligen Leistungen und der Haushaltskonsolidierung ist um 20 % gekürzt. Hier muss korrigiert werden.

Die Ausschussvorsitzende findet die Kürzung der Suchtberatungsstellen problematisch, da es sich hier um Pflichtleistungen handelt.

Frau Dr. Haerting versteht diese Kürzungen auch nicht, da wir gerade über das Problem der Freitrinker gesprochen haben.

Frau Wolff sagt, dass das Land Gelder überwiesen hat für die Suchtberatungsstellen.

Frau Winter sagt, dass die Landesmittel bei der Stadt eingegangen sind, diese sind im Finanzausschuss bestätigt worden. Die Stadt selbst zahlt 300.600 Euro (eingestellt im Haushalt). Wenn die Mittel abgefordert werden und der Rechtsbehelfsverzicht vorliegt, kann das Geld ausgezahlt werden. Die Träger werden gefragt, wo sie selbst Einsparungen vornehmen können. Ab 2012 werden die Beratungsstellen vom Land auch finanziert, jedoch wird die Kommune dafür Gelder über den Finanzausgleich erhalten. Hier muss geprüft werden, wie reduziert werden kann.

Die Ausschussvorsitzende fragt, ob hier zusätzlich 50.000 Euro gekürzt wird. Frau Winter bejaht diese Frage.

Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn Weise als Sachverständigen zu den Finanzeinsparungen die Meinung der Liga darzustellen.

Herr Weise sagt, dass 22.5000 Euro Einsparungen für 2010 angekündigt wurden. Die Träger versuchen, diese Kürzungen aufzufangen. Die Beratungsleistungen müssen drastisch zurückgefahren werden. Wie sieht es 2011 aus?

Frau Winter informiert, dass der Mittelansatz für 2011 auf der Basis der benötigten Mittel 2010 errechnet wurde incl. Der Konsolidierung von 50.000 Euro. Eingestellt sind 429.200 Euro.

Frau Dr. Haerting fragt, wenn das Land kürzt, kürzt die Stadt auch?

Frau Winter sagt, dass die Stadt die Gesamtkürzung nicht abfangen kann.

Die Ausschussvorsitzende fragt nach Nr. 28, Bundesbeteiligung Unterkunftskosten.

Herr Böhnke informiert über einen aktuellen Zeitungsartikel und einen Beschluss des Bundeskabinetts. Hier wird eine Erhöhung der Bundesbeteiligung auf 25,1 % genannt, für das Land Sachsen-Anhalt 24,5 %. Er sagt, hier bestehe tatsächlich ein Risiko.

Herr Schachtschneider hat Probleme mit dem Wunschdenken der Stadt.

Herr Hildebrandt sagt, hier handelt es sich um eine Absichtserklärung der Verwaltung, wie die Haushaltskonsolidierung werden soll.

Frau Dr. Haerting sagt, die Konsolidierung ist ein Konzept, wie die Zukunft aussehen soll.

Abschließend fragt die Ausschussvorsitzende, ob es noch Fragen zum Amt 52 gibt. Dies ist nicht der Fall.

Herr Schachtschneider schlägt vor, Beschlussvorschlag 1 und 2 getrennt abzustimmen, ebenso den Nachtragshaushalt und die Konsolidierung. Diesem Vorschlag wird mehrheitlich zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis: Einzelabstimmung der Beschlusspunkte**

#### **Beschlusspunkt 1:**

Nachtragssatzung und Nachtragshaushaltsplan

**abgelehnt**

5 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

## Haushaltskonsolidierungskonzept

**mehrheitlich abgelehnt**

1 Ja-Stimme  
8 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

## **Beschlusspunkt 2:**

**mehrheitlich zugestimmt**

3 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
5 Enthaltungen

## **geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Nachtragssatzung und den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 sowie das Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale).
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Finanzierung des erforderlichen Nachfinanzierungsbedarfs in Höhe von 668.300 EUR – die kommunalaufsichtliche Genehmigung vorausgesetzt - Darlehen im Rahmen des Konjunkturprogramms II bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu den angebotenen Konditionen aufzunehmen.

## **zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Keine

## **zu 9 schriftliche Anfragen von Stadträten**

Keine

## **zu 10 Mitteilungen**

Frau Wolff erwartet eine Mitteilung der Verwaltung zum Eine-Welt-Haus.

Herr Böhnke informiert über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses. Hier blieben noch Fragen offen, die Stellungnahme der Verwaltung muss ergänzt werden. Eine Information darüber wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Herr Bonan teilt mit, dass das Torballturnier im Berufsförderungswerk sehr gut angekommen ist.

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass das Angebot zur Höranlage auf den Weg gebracht ist.

Weiterhin informiert sie, dass die Novembersitzung in der ARGE SGB II stattfinden wird. In der nächsten Sitzung wird Herr Dr. Fischer einen ersten Zwischenbericht zum Stadtrundgang vom August vorlegen.

Frau Tomczyk-Radji informiert über eine Veranstaltung zum Persönlichen Budget am Samstag von 13.00 bis 16.00 Uhr auf dem Marktplatz und ebenfalls am Samstag zur Veranstaltung der Selbsthilfeinitiative im Stadthaus in Kooperation mit dem Saalekreis zur Problematik Betroffenenbeteiligung: Sein, Zweck und Möglichkeiten.

## **zu 10.1 Änderung der Satzung des Ausländerbeirats Vorlage: V/2010/09123**

Die Ausschussvorsitzende bittet die Ausschussmitglieder, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Dr. Diaby konnte der Einladung heute leider nicht folgen.

**Abstimmungsergebnis:                      Kenntnisnahme**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung teilt mit, dass der Ausländerbeirat in seiner Sitzung am 06.08.2010 seine Satzung geändert hat.

Diese Änderung der Satzung betrifft ausschließlich § 4.3. „Der Ausländerbeirat bleibt bis die Struktur durch den Stadtrat berufen ist geschäftsführend tätig.

## **zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Frau Krausbeck fragt nach der Umsetzung des Leitbildes der kulturellen Vielfalt und bittet Frau Schneutzer um Beantwortung in der nächsten Sitzung.

Frau Krausbeck bittet um Erläuterung der Aufhebung der Haushaltssperre.

Frau Winter sagt, dass nach Beschluss zum Nachtragshaushalt und Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt die Sperre aufgehoben werden kann.

Herr Hildebrandt fragt, wie ist die Haushaltssperre bei Haushaltskonsolidierung?

Herr Wätzel sagt, wenn die Einsparungen beschlossen werden, kann der Haushalt freigegeben werden.

## **zu 12 Anregungen**

Herr Hildebrandt regt an, dass der Ausschuss einen Antrag an den Stadtrat stellt, mit dem Werbeträger zu den Inhalten der Plakatierung zu verhandeln.

Frau Hanna Haupt bittet aufgrund der schlechten Akustik im Berufsförderungswerk sich die entsprechenden Räume gut anzusehen, wenn die Sitzung nicht im Stadthaus stattfinden soll.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.10.10

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Martina Kerner  
Protokollführerin